A-3 Soziale Grundrechte, jetzt!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

Ob das Recht auf Wohnen, Mobilität oder Gesundheit: Soziale Grundrechte sind ein Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. Ein Dach über dem Kopf, die Möglichkeit, den Ort zu wechseln, und ein Zugang zu Gesundheitssystemen, der nicht an irgendwelche Voraussetzungen gebunden ist, sind grundlegend für ein funktionierendes soziales Netz. Gerade in den letzten Monaten haben wir jedoch so offensichtlich wie selten spüren müssen, dass sie längst keine Selbstverständlichkeit sind.

Es wurde deutlich, wer in der Krise zuerst ausgeschlossen wird: Obdachlose, Asylsuchende, Menschen ohne oder mit geringem Einkommen, Familien mit kleinen Kindern auf viel zu engem Raum - all diese Menschen werden häufig übersehen, und schlimmer noch, bewusst übergangen, wenn es darum geht, ihre unmittelbaren Bedürfnisse nach einem würdevollen Leben zu erfüllen. Während einige die Quarantäne gemütlich im Eigenheim mit großem Garten verbringen konnten, mussten andere weiter auf der Straße leben oder zusammengepfercht in Flüchtlingslagern, bestenfalls in Deutschland, schlimmstenfalls auf einer griechischen Insel in einem Lager wie Moria. Dass soziale Grundrechte bisher im Grundgesetz keine Rolle spielen, und vielmehr noch eingeschränkt werden wie beim Asylrecht, ist kein Zufall. Soziale Grundrechte gelten als “nicht bezahlbar”, als “linke Spinnerei”. Doch die Unverletzbarkeit der Würde des Menschen wird zur Floskel, wenn mit ihr nicht einmal der Anspruch auf ein Dach über dem Kopf einhergeht!

Wenn Menschen Patient*innen zweiter Klasse werden, wenn lebenswichtige medizinische Maßnahmen an Nationalität und Gesundheitszustand geknüpft werden, dann muss klar werden: Gesundheitsversorgung muss endlich von Profitmaximierung getrennt werden. Jede Person verdient nicht nur im akuten Notfall die bestmögliche Behandlung und Versorgung.

Die Pandemie hat uns auch einmal mehr deutlich gemacht, dass Bildung stark abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern. Das ist nicht gerecht! Schüler*innen und Lehrende dürfen nicht hinter Fußballspielen zurückgestellt werden und Bildung nicht länger als nice-to-have verkauft werden. Inklusive und für alle Kinder und Jugendliche zugängliche Bildung ist Grundrecht und Grundvoraussetzung für eine

gleichberechtigte Gesellschaft.
Und zu dieser gleichberechtigten Gesellschaft gehört auch, dass alle an ihr teilnehmen können: Dafür braucht es Vorrang für Rad- und Fußgänger*innen und öffentliche Nahverkehrsmittel, die uns nicht nur zuverlässig, eng getaktet und modern überall hin bringen - sondern die vor allem auch kostenfrei sind: Mobilität für alle!
Wer systematisch von diesen grundlegenden Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenseins ausgeschlossen wird, wird damit behandelt wie ein Mensch zweiter Klasse. Da reicht es nicht, wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass es Hartz-IV-Kürzungen nur noch um 30% geben darf. Da reicht es nicht, wenn Politiker*innen medienwirksam Tafelessen verteilen, sondern da müssen Garantien her, damit nicht ein einziger Mensch überhaupt auf Tafeln angewiesen ist. Da müssen soziale Grundrechte her, die einklagbar sind und auf die man sich jederzeit berufen kann!

Wir sehen, dass der Markt die Bedürfnisse der Menschen nach ausreichend Wohnraum, Bewegungsfreiheit oder bedingsloser Gesundheitsversorgung nicht befriedigen kann, weil diese Bedürfnisse eben keine zahlungskräftige Nachfrage sind. Wir sehen auch, dass die ständige konkrete Bedrohung, in Armut abzurutschen, die Gesellschaft spaltet und in letzter Konsequenz immer denen nützt, die eh schon viel haben.

Soziale Grundrechte sind wesentlich, um aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu können und auch die anderen “klassischen” Grundrechte ausüben zu können. Ohne das Recht auf Bildung ist demokratische Mitbestimmung nicht vollumfänglich möglich. Ohne einen festen Wohnsitz und ohne ausreichende Mobilität sind die Freiheitsversprechen der liberalen Gesellschaft nicht einzulösen. Ohne soziale Grundrechte verpuffen andere Grundrechte als abstraktes Versprechen. Deshalb müssen wir grundlegende Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Markt entziehen, Privatisierungen stoppen und in die Gemeinschaft zurückführen.

- Dafür braucht es:
    - Echte Teilhabe für alle: Soziale Grundrechte ins Grundgesetz!
    - Wohnraum dem Markt entziehen: Ausbau des kommunalen Wohnungsbaus, Mietendeckel und Förderung des genossenschaftlichen Bauens. Keine Gewinne mit unseren Grundrechten!
    - Mobilität für alle: ÖPNV massiv ausbauen und für alle zur Verfügung stellen, Radschnellwege, autofreie Innenstädte und ein attraktives Fernzugnetz machen Schluss mit dem Autowahnsinn. Her mit der Verkehrswende!
    - Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gestalten: Dazu muss endlich in Schule und Fördermaßnahmen für alle Schüler*innen und

Lehrenden investiert werden.

- Gesundheitsversorgung raus aus dem Profitzwang! Unsere Gesundheit ist keine Ware. Die beste Versorgung muss für jede Person, unabhängig von Alter, finanzieller Lage oder körperlicher Verfassung kostenlos gewährleistet sein.

- Solidarische Finanzierung dieser Maßnahmen durch die, die ohnehin mehr als genug haben. In einem Land mit knapp 1,5 Millionen Millionär*innen sollte niemand auf der Straße leben müssen: Radikale Umverteilung des Vermögens durch angemessene Besteuerung von Reichen.

Wir streiten dafür, dass soziale Grundrechte konkret einlösbare Ansprüche werden. Drehen wir den Spieß um und fordern ein, was uns viel zu lange verwehrt wurde: Her mit sozialen Grundrechten für alle!